



THOMAS HÖLLRICH WILL OBERBÜRGERMEISTER WERDEN

Am Sonnabend, dem 16.01.2016, haben die Reichenbacher und Mylauer LINKEN Thomas Höllrich zum Oberbürgermeisterkandidat nominiert.

Die Wahlversammlung bestimmte den 50-jährigen Rechtsanwalt einstimmig zu ihrem Kandidaten. „Das neue Reichenbach hat auch neue Ideen an seiner Spitze verdient. Die Fusion von Reichenbach und Mylau eröffnet den beiden Städten neue Chancen und Möglichkeiten. Ich kenne Mylau und

ich kenne Reichenbach, ich weiß wo der Schuh drückt, ich weiß aber auch was alles noch möglich ist.“ sagt Thomas Höllrich. „Ich freue mich jetzt auf einen spannenden Wahlkampf, in dem ich für alle Bürgerinnen und Bürger ein offenes Ohr haben werde. Der Dialog liegt mir besonders am Herzen“, so Höllrich weiter.

Erst die Woche zuvor wurde der jetzige OB-Kandidat vom neuen Stadtrat

zum ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewählt.

Henry Ruß, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE / FFW Mylau ergänzt: „Es wird endlich Zeit für einen linken Bürgermeister in Reichenbach. Nach jahrelanger CDU-dominierten Regierung ist es Zeit für einen Perspektivwechsel im Reichenbacher Oberbürgermeisteramt.“

aus dem	AG Kommunalabgaben.....	S. 2
Inhalt:	Eine gute Tradition in Falkenstein.....	S. 3
	Die jüngste Stadt Deutschlands.....	S. 4
	Gramsci und die Hegemonie.....	S. 5

DIE LINKE.

AUS DER ARBEIT DER AG KOMMUNALABGABEN

bei der LINKEN des Vogtlandkreises

Hauptproblem war auch im Jahr 2015: die Forderung von Landes- und Bundesregierung, bei dezentraler Abwasserbeseitigung Kleinkläranlagen auf Vollbiologie umzurüsten oder eine neue vollbiologische Kleinkläranlage bzw. eine abflusslose Grube anzuschaffen.

Einigen Bürgern, die uns um Rat baten, konnten wir helfen:

- Für Alleinstehende, Ehepaare und Familien, die voll Hartz IV, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder Hilfen zum Lebensunterhalt beziehen, übernimmt das Jobcenter bzw. das Sozialamt die Kosten für Wartung und Leerung der Kleinkläranlagen bzw. der abflusslosen Gruben, da diese Leistungen als kalte Betriebskosten zu den Bedarfen der Unterkunft gehören.
- Da für einen Ein- oder Zweipersonenhaushalt eine abflusslose Grube in der Regel besser funktioniert als eine vollbiologische Kleinkläranlage, im Gegensatz zu den Anschaffungskosten, aber deren Leerungskosten relativ hoch sind, konnten wir einigen Betroffenen mit dem Rat helfen, sich für eine abflusslose Grube zu entscheiden.
- Einem Hartz IV-Betroffenen, der die geforderte Kleinkläranlage von seinem Einkommen nicht bezahlen konnte, der aber ab 2016 eine günstigere Rente bekommt,

konnten wir den Rat geben, noch im laufenden Jahr einen Vertrag für eine Neuanschaffung oder eine Umrüstung mit Baubeginn 2016 abzuschließen. Fördermittel gehen ihm dadurch nicht verloren, er läuft auch nicht Gefahr, Bußgeld bezahlen zu müssen. Diese Regelung sieht eine sächsische Verwaltungsvorschrift vor.

- Für eine Frau, die durch persönliche Schicksalsschläge besonders schwer belastet ist, entwarfen wir Schreiben an den Vorsitzenden des ZWAV, Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer, und an die Untere Wasserbehörde des Landratsamtes mit dem Antrag auf Terminverlängerung.

Leider konnten wir den meisten Bürgern, die sich an uns wendeten, nicht helfen: Die auch im Internet kursierende Auffassung, dass es kein Gesetz und damit keine Rechtsvorschrift gäbe, die eine vollbiologische Abwasserklärung bis Ende 2015 fordert, stimmt nicht: Die Vorschrift ist im Sächsischen Wassergesetz festgelegt und in den "Ermessensleitenden Hinweisen" präzisiert. Wir mussten vielen Bürgern auch erklären, dass eine EU-Richtlinie für alle europäischen Länder die Umrüstung auf Vollbiologie bis Ende 2015 fordert und dass nur wenige Ausnahmen erlaubt sind. Diese Ausnahmen trafen aber auf die Fälle, mit denen wir konfrontiert wurden, nicht zu.

Die oft geäußerte Annahme, dass unsere deutschen Gewässer und unser Grundwasser im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ökologisch sauber seien, stimmt leider auch nicht. Nur knapp 10 % aller "Wasserkörper" in Deutschland befinden sich in einem "guten Zustand" und Deutschland habe nach Malta die höchste Nitratverschmutzung des Grundwassers in Europa, heißt es in einem Schreiben der EU-Kommission. Der Hauptverursacher für die Verstöße gegen EU-Wasserrecht sind allerdings Stickstoffbelastungen aus der landwirtschaftlichen Massentierhaltung und Überdüngungen der Felder. Hier verzögert die Bundesregierung seit langem eine geplante Änderung des Düngegesetzes und der Düngemittelverordnung.

Die Forderung, auch die dezentrale Abwasserentsorgung auf Vollbiologie umzustellen, ist unserer Überzeugung nach nicht zu beanstanden, wohl aber die Übertragung der finanziellen Hauptlast auf die Grundstückseigentümer. Die finanzielle Förderung durch Bundes- und Landesregierung hätte weitaus höher ausfallen müssen!

Dr. Dorothea Wolff

WEIL WIR MEHR, ALS NUR EINE ANTWORTEN HABEN!

Mir ist, wie sicherlich auch euch, in den letzten Monaten aufgefallen, dass die Gesellschaft sich in geistigen Grabenkämpfen verfestigt hat. Das allgegenwärtige Thema: "Flüchtlinge und Asyl" wird zum Aufhänger nahezu jeden Ereignisses. Dabei sind die Meinungen dann oft festgefahren. Diskussionen oft zwecklos, weil bei vielen Gesprächspartnern, auf Grund der geschürten und teilweise mitverbreiteten Angst keine Argumente mehr zugelassen werden. Momentan bin ich daher häufiger an dem Punkt angekommen, dass ich gar nicht mehr auf die Menschen einreden möchte. Ich

denke, sie werden es mit der Zeit merken, dass die Welt trotz den Flüchtlingen nicht untergegangen ist. Dennoch möchte ich die Gesprächspartner und viele, die ähnlich ticken, nicht bei der AfD und Co. stehen lassen, sondern ihnen zeigen, dass es auch noch völlig andere Themen gibt, die unsere Gesellschaft bewegen und was noch wichtiger ist, dass die BürgerInnen merken, es wird ihnen zugehört, auch fernab vom Thema Asyl. Bei den rechten Stimmungsmachern haben sie derzeit sicher das Gefühl gehört zu werden, aber eben nur bei einem Thema. Darüber hinaus haben diese Truppen oft keine Antworten. Anders als wir.

Im Stadtvorstand Plauen haben wir uns deshalb darauf verständigt, in den nächsten Wochen zu einem themenoffenen Abend einzuladen. Themenoffen, bis auf das Thema Asyl. Das wir bewusst ausklammern wollen, weil wir uns um die anderen Themen kümmern wollen, die eben auch wichtig sind. Wir müssen die Menschen wieder abholen und zwar bevor sie sich bei der AfD oder anderen rechtskonservativen Parteien aus Bequemlichkeitsgründen häuslich einrichten.

Maik Schwarz

ES IST EINE SCHÖNE TRADITION

Gedenkveranstaltung in Falkenstein am 16.01.2016

Es ist eine lange Tradition der LINKEN, sich anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Gedenkstein in Falkenstein zu treffen, nicht nur zur Erinnerung an ihren Kampf und ihre Ziele, sondern auch um Aufgaben für die gegenwärtige Politik zu benennen.

Auch in diesem Jahr war das so. Als Gast hatten wir den Bundestagsabgeordneten Stefan Liebig aus Berlin bei uns, der aus seiner Arbeit im Auswärtigen Ausschuss besonders anschaulich die internationale Situation herausarbeiten konnte. Ebenso wie die Ursachen für die Situation im arabischen Raum und die Verantwortung der Westmächte, besonders der USA für diese Entwicklung. Wenn man hört, dass weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind und davon nur ein geringer, sehr geringer Teil in dem reichen Deutschland Zuflucht sucht und findet, während die armen Länder sich mühen, Millionen zu helfen und nicht einmal die versprochenen Mittel zu Unterstützung erhalten, nicht mal aus Deutschland, dann relativiert sich das Gejammer.

Wo sind denn die humanistischen Ideale, mit denen die EU ihre Vorteile unterstreichen will? Die vielen Menschen, die helfen und oft bis an ihre Grenze gehen, werden noch diffamiert.

Schon in der Gesprächsrunde am Abend vorher wurde betont, dass viele Probleme, die es mit der großen Zahl der hilfesuchenden Menschen gibt, durch die Organisation verursacht sind. Viel zu wenig steht das Elend der Menschen im Focus.

Durch Stefan Liebig und durch unseren Genossen Peter Giersich, Sprecher der VVN-BdA Sachsen, wurde auch betont, dass damals wie heute der Kampf um den Frieden die erste und wichtigste Aufgabe ist.

Damals wie heute werden durch macht- und geldgierige Menschen Kriege geführt und vorbereitet. Damals wie heute werden den Menschen falsche Begründungen geliefert und es glauben viele, viel zu viele diese

Lügen und unterstützen rechte Ideologien, sie laufen den Anhängern von AfD und Pegida hinterher.

Haben wir denn nichts oder zu wenig aus der Geschichte gelernt? Sollten nicht Massen auf die Straße gehen und Frieden auf der Welt fordern? Schluss mit Waffenexporten und Kriegseinsätzen!

Es gab auf dem Platz bei den über 50 Teilnehmern eine gute Stimmung. Das war auch besonders dem Sextett des Jugendblasorchesters Auerbach zu verdanken. Wir möchten ihnen unsere besondere Anerkennung aussprechen. Sie sorgten nicht nur bei den Teilnehmern für Beifall, sondern auch für die Aufmerksamkeit vieler Anwohner und Passanten. Wenn man bedenkt, dass sie kurzfristig bereit waren, obwohl sie an diesem Tag noch zwei mal beim Neujahrskonzert hohen Einsatz leisten mussten, ist das gar nicht hoch genug einzuschätzen. Nochmals unser herzlicher Dank.

Besonders beeindruckend war der gemeinsame Gesang der Internationalen zum Abschluss der Gedenkveranstaltung.



Ursel Mieth



REICHENBACH IM VOGTLAND

die jüngste Stadt Deutschlands

Als kurz nach Mitternacht am 01.01.2016 die Raketen über Reichenbach und Mylau gen Himmel flogen, wurde damit nicht nur das neue Jahr begrüßt, sondern - gewollt oder ungewollt - auch die wohl jüngste Stadt Deutschlands: Reichenbach im Vogtland. Nach einem intensiven Vereinigungsprozess auf Augenhöhe, trat die Fusion einen Augenblick nach Mitternacht in Kraft. Damit ist Reichenbach im Vogtland durch die gestiegene Einwohnerzahl mit etwas mehr als 21.000 BürgerInnen nun wieder klar zweitgrößte Stadt im Vogtland.

Fast hätte es durch eine Steuerrückzahlungsforderung gegenüber der Stadt Mylau in Millionenhöhe keine „Hochzeit“ gegeben. Dank der Unterstützung von Dresden, da haben die Verantwortlichen Weitblick bewiesen, konnte die Fusion doch noch zum Erfolg geführt werden.

Zwar wird die neue Stadt in den nächsten zwei Jahren noch an der Rückzahlung zu „knabbern“ haben, aber es ist bereits heute absehbar, dass sich durch erhöhte Schlüsselzuweisungen - sofern sie nicht ganz von einer wohl im mens steigenden Kreisumlage wieder aufgefressen werden - mehr Möglichkeiten bei der Stadtentwicklungen ergeben werden.

Der neue Stadtrat, der bis zum Ende der Legislatur aus 36 gewählten Vertretern bestehen wird, trat am 11.01.2016 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

DIE LINKE wird künftig als DIE LINKE./FFW Mylau als Fraktion auftreten. Im Mylauer Stadtrat hatte es bereits eine Fraktion, bestehend aus zwei Vertretern der LINKEN und einem aus der Wählergemeinschaft Freiwillige Feuerwehr Mylau gegeben, die mit

der bisherigen Stadtratsfraktion in Reichenbach fusionierte.

Mit sieben Stadträten ist DIE LINKE./FFW Mylau zweitstärkste Fraktion und stellt zudem mit Thomas Höllrich erneut den ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Er setzte sich in einer Stichwahl gegen den von der CDU aufgestellten Landtagsabgeordneten Stephan Hösl, klar durch.

DIE LINKE./FFW Mylau wird die neue Situation mehr denn je dazu nutzen, unter den sicher nicht einfacher werdenden Bedingungen, Entscheidungen und Veränderungen zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen.

*Henry Ruß
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE/FFW Mylau*

VOLKSSOLIDARITÄT LEISTET SEHR GUTE ARBEIT

für die Kinder und Jugendlichen in Oelsnitz

Zu den Äußerungen von Herrn Lupart bezüglich des Umzugs des Jugendclubs in Oelsnitz erklärt die Landtagsabgeordnete Janina Pfau, Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der LINKEN im Sächsischen Landtag:

Die Äußerungen von Herrn Lupart zum Umzug des Jugendzentrums in Oelsnitz zeigen eindeutig, dass er sich nicht mit dem Thema der Kinder- und Jugendarbeit in Oelsnitz befasst. Hätte sich Herr Lupart den jetzigen Jugendclub einmal angeschaut, so hätte auch er feststellen müssen, dass dieser keine Ideallösung darstellt. Zusätzlich hat

die Volkssolidarität kein Geheimnis daraus gemacht, dass nach einer neuen Lösung gesucht wird.

Die Volkssolidarität leistet für Oelsnitz einen sehr wichtigen Beitrag im Bereich Jugendarbeit und ihr sollte für die engagierte Arbeit gedankt werden und nicht das Thema der Neuausschreibung auf den Tisch gebracht werden. Es geht bei einem Jugendclub vorrangig um die Bedürfnisse der Jugendlichen, nicht darum, ob das Gebäude ausgelastet ist oder nicht. Ich sehe durch den Umzug eine Verbesserung für alle Jugendlichen, die das Angebot

nutzten wollen. Hier zeigt sich aber, dass Herr Lupart nur auf populistische Parolen setzt. Ein Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Volkssolidarität hätte vielleicht die nötige Erkenntnis gebracht, aber dies setzt auch voraus, dass man sich für die Probleme und Wünsche der Kinder und Jugendlichen interessiert.

Janina Pfau, MdL



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
18. Februar 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

HEGEMONIE UND "LINKE" POLITIK - ANTONIO GRAMSCI

Am 22. oder 23. Januar, die Quellen sind verschieden, vor 125 Jahren wurde der Führer der italienischen Arbeiterbewegung und Theoretiker der Partito Comunista Italiano (PCI), Antonio Gramsci, geboren. Als Kind schon arbeitend studierte er nach Gymnasium und klassischem Lyzeum mittels eines Stipendiums ab 1911 an der Turiner Universität Philosophie, Geschichte und Philologie. Hier im Zentrum der italienischen Arbeiterbewegung wurde er 1913 Mitglied der Partito Socialista Italiano (PSI), der auch B. Mussolini angehörte. Gramscis intensive Beschäftigung mit den Schriften von Marx, Engels und Lenin machten ihn zu einem vehementen Verteidiger des Marxismus gegen die politischen Führer und Theoretiker der II. Internationale. Unter seiner Führung wurde die durch Abspaltung von der PSI 1921 gegründete PCI eine "Leninistische Partei". Gramsci kämpfte in den 20er Jahren erbittert gegen den 1922 zur Macht gelangten Faschismus in Italien und trat gegen die Sektierer in der Partei um Bordiga für eine Politik der breiten Volksfront ein.

Am 08.11.1926 wurde Gramsci mit anderen kommunistischen Parlamentsabgeordneten trotz ihrer parlamentarischen Immunität auf Befehl Mussolinis verhaftet und 1928 zu über 20 Jahren Zuchthaus wegen "Verschwörung gegen die Staatsgewalt, Anstiftung zum Bürgerkrieg, Aufreizung zum Klassenhass, der Verteidigung von Verbrechen und umstürzlerischer Propaganda" verurteilt. Im Prozess sagte er dem faschistischen Staatsanwalt: "Ihr werdet Italien ins Verderben führen, und uns Kommunisten wird die Aufgabe zufallen, es zu retten." Sein schwacher Körper erlag am 27. April 1937 den unmenschlichen Kerkerbedingungen.

Seine während der Haft entstandenen "Briefe aus dem Kerker" beeinflussten die Nachkriegskultur Italiens nachhaltig. Auch international fand Gramscis

Werk Interesse, jedoch kaum bei denen, die aus seinen Erkenntnissen hätten lernen können für die Überwindung des Kapitalismus und die erfolgreiche Entwicklung von "Sozialismus". Denn Gramsci war kein "Katechismus-Marxist-Leninist", sondern ein schöpferischer Kopf.



Auch DIE LINKE hatte erst zaghaft sein Werk wiederentdeckt, indem sie sich auf ihrer Frühlingsakademie im Mai 2011 mit seinem Hegemonie-Konzept beschäftigte. Ohne eine neue Hegemonie-Bewegung sind die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht grundlegend zu ändern. Hier kann DIE LINKE lernen Wege zu finden, wie in der Verknüpfung von Programm, Strategie und (außerparlamentarischer und parlamentarischer) Aktionspolitik mehr gesellschaftlicher Einfluss zu gewinnen ist. Gramsci war sich des Problems des inneren Zusammenhalts und der Rolle von "organischen Intellektuellen" in der Partei in Beziehung zu ihrer Aktionsfähigkeit sehr bewusst. Ein "organischer Intellektueller" ist nach Gramsci eng mit der Parteibasis und mit den benachteiligten und unterdrückten Gruppen in der Gesellschaft verbunden, weil er daraus hervorgegangen ist. DIE LINKE aber

hat kaum "organische Intellektuelle" in Verantwortungspositionen, einerseits Berufspolitiker die schon Jahrzehnte parlamentarische Politik machen und zunehmend wieder junge Berufspolitiker, die überhaupt nicht aus einem gesellschaftlichen Bereich kommen, der sie eng an die Benachteiligten dieser Gesellschaft binden würde. Um eine Trendwende in ihrer politischen Wirksamkeit zu erreichen müsste DIE LINKE neue Formen der inneren Mitwirkung bei Politikfindung und Umsetzung entwickeln, die auf Außenwirkung gerichtet sind.

Dies wird umso dringender, als die Folgen der einseitig ausgerichteten politischen Aktivitäten nun unübersehbar in eine Entwicklung münden, wo sie gravierend weiter an gesellschaftlichem Einfluss einbüßt. "Linke Politik" braucht vor allem gesellschaftliche Mehrheiten jenseits parlamentarischer Wahlarithmetik. Sie braucht soziale und politische Bewegung, demokratische Selbstbeteiligung und -entscheidung der Betroffenen, geistige und kulturelle "Aufrüstung", eine tief in die Gesellschaft hineinwachsende Hegemonie eben. Innerparteilich die wachsende selbstbestimmte Aktion der Mitglieder. Dem steht gegenwärtig eine Entwicklung gegenüber, die innerparteiliche Oligarchie-ähnliche Strukturen fördert und damit einen Gegensatz zwischen ehrenamtlich Aktiven und bezahlten Politikern vertieft. DIE LINKE benötigt kontinuierliche und umfassende (Re-) Organisation von Wirkungsmöglichkeiten und selbstbestimmter Aktion der Mitglieder und Sympathisanten. Gramsci bleibt aktuell.

Ralf Becker

PROTESTBRIEF AN DIE BUNDESSOZIALMINISTERIN

Seit 2012 debattieren Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierungen, der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesagentur für Arbeit über Veränderungen des Sozialgesetzbuches SGB II (Hartz IV) unter der offiziellen Zielstellung einer Rechtsvereinfachung. Inzwischen sind von 120 Änderungsvorschlägen 30 übrig geblieben. Wann der Gesetzesentwurf dem Bundestag zu Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt wird, ist allerdings noch nicht bekannt. Eigentlich sollte die Gesetzesänderung bereits am 1. April 2015 (!) in Kraft treten.

Das Sozialforum Göltzschtal hat sich die Aufgabe gestellt, über Änderungen, die eine besondere Härte für betroffene Hartz IV-Empfänger darstellen, in ihren Bürgerversammlungen zu informieren und Forderungen an die Verantwortungsträger zu beschließen.

Im Bürgertreffen am 14. Dezember haben wir über die geplanten Regelungen für minderjährige Kinder informiert, die nach Trennung der Eltern in zwei Haushalten aufwachsen (siehe dazu Artikel von Kathrin Kosche im Vogtlandboten 01/2016). Hier ein Ausschnitt aus dem einstimmig beschlossenen Protestbrief an die Bundessozialministerin:

"Die im Referentenentwurf angeführte Situation, dass sich das Kind in annähernd gleichem zeitlichen Umfang in den beiden getrennten Haushalten

aufhält, ist atypisch, schon da Kindergarten oder Schule meist nicht in der Nähe beider Haushalte liegen. Außerdem ist "annähernd gleicher zeitlicher Umfang" eine sehr unbestimmte Festlegung. Sie kann zu Abstrichen beim Existenzminimum eines der Elternhaushalte führen, was verfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Der Normalfall bei Rechtslage des Referentenentwurfs dürfte sein, dass das Kind nur der Bedarfsgemeinschaft des Elternteils angehört, in deren Haushalt es überwiegend lebt. Das führt aber dazu, dass der umgangsberechtigte Elternteil, bei dem sich das Kind nur zeitweise aufhält, die Leistungen für das Kind aus dem eigenen Regelbedarf aufbringen muss. Der Regelbedarf enthält dafür aber keine Anteile, so dass das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum nicht mehr gewährleistet ist.

Die Übergabe eines Teils der Regelleistung des Kindes auf Grund persönlicher Absprachen der getrennt lebenden Eltern ist erfahrungsgemäß schwierig, wirft neue Konflikte auf, geht letztlich zu Lasten der Nutzung des Umgangsrechts eines der Elternteile und verstößt damit sowohl gegen das Gebot des Kindeswohls als auch gegen die Sicherung der Wahrnehmung des Umgangsrechts.

Wir teilen des weiteren alle rechtlichen Bedenken, die der Deutsche Richter-

bund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter und der Fachreferent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht Harald Thomé in ihren Stellungnahmen anführen.

Wir schließen uns den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Vereins alleinerziehender Mütter und Väter, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, des JuristInnenbundes und des Familiengerichtstages an, den Regelbedarf des Kindes vollumfänglich der Bedarfsgemeinschaft zuzugestehen, in der das Kind die meiste Zeit lebt, dem Elternteil, in dessen Haushalt das Kind tageweise im Rahmen von Umgangsregelungen wohnt, aber einen Mehrbedarf anzuerkennen."

Es wäre gut, wenn möglichst viele Genossinnen und Genossen einen ähnlichen Protestbrief an die Bundesministerin senden würden. Wir stellen gern den gesamten Brief zur Verfügung (z.B. per E-Mail über: dorthea.wolff@arcor.de).

Dr. Dorothea Wolff

AUSWIRKUNG DER WOHNGELDREFORM 2016 AUF BEZIEHER VON GRUNDSICHERUNG

- Informationen zu den Eckpunkten der Reform
- Konkrete Folgen für Betroffene

Wir laden Sie für den 8. Februar 2016 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der AWG (in 08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32) zum Bürgerforum ein.

Es informieren Mitglieder des Sozialforums Göltzschtal.

Alle Betroffenen und sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen!!!

Wir sind online erreichbar unter unserer neuen Internetadresse www.sozialforumgoeltzschtal.de

EINE NEUE SOZIALE IDEE?

Unsere Partei wirbt öffentlich mit dem Slogan "eine neue soziale Idee". Man möchte "die Achse der Politik nach links bewegen" (Dietmar Bartsch). Doch was ist eigentlich dran an diesem Slogan und wie nah liegt eigentlich der Wunsch von Dietmar Bartsch?

Seit 2006 fordert DIE LINKE den Mindestlohn – anfangs noch 8,00€ und heute 10,00 Euro mit Aufstockung auf 12,50 Euro. Der Mindestlohn für Deutschland und ähnliches System für Europa war und ist die Kernforderung der Partei. Vor allem der LINKEN ist es zu verdanken, dass es seit 2015 einen Mindestlohn in Deutschland gibt, auch wenn dieser lediglich bei 8,50 Euro liegt und mit reichlich Ausnahmen versehen ist. Besonders am Mindestlohn konnte man sehen, wie neue (progressive) Forderungen andere Parteien vorantreiben. Seit der Einführung des Mindestlohns bleibt der LINKEN gegen die Ausnahmen und für die Aufstockung auf 10,00 Euro oder 12,50 Euro zu protestieren. Doch wie lange wird und kann die Partei dabei bleiben?

Die SPD forderte später als DIE LINKE nur den Mindestlohn und setzte ihn in den Koalitionsverhandlungen 2013 durch. Mittlerweile fordert die neue SPD-Generalsekretärin Katarina Barley (und auch einzelne MdBs der SPD) eine Erhöhung »über das geltende Niveau von 8,50 Euro hinaus« (neues deutschland 01.01.2016). Die Rede

ist sogar von 11,00 bis 12,00 Euro. Sollten diese Stimmen in der SPD lauter werden, so steht die LINKE selbst mit den derzeitigen Forderungen nicht mehr alleine da. Die Forderung auf 15,00 Euro hoch zusetzen kann keine zielführende Lösung sein, in dieser Frage.

Eine wirklich "neue soziale Idee" muss also her! Das "Bedingungslose Grundeinkommen" (BGE) kann definitiv diese Idee für DIE LINKE werden. Das BGE repariert nicht die bestehenden Verhältnisse der Lohnarbeit, sondern stellt die Machtfrage und bildet eine Basis, mit der eine Umwälzung der herrschenden Verhältnisse beginnen kann. Die derzeitigen Forderungen der BAG Grundeinkommen innerhalb der LINKEN gilt es zu unterstützen. Das BGE ist sozial, gerecht und emanzipatorisch. Wenn wir als LINKE nicht damit beginnen das BGE in den "Ring" der politischen Debatte zu werfen, wer dann?! Nicht nur diese Frage stellt sich, sondern auch die Frage nach der Zukunft unserer Partei. Seit X-Monaten ist DIE LINKE konstant auf ca. 9 Prozent in den Umfragewerten. Ohne eine wirklich neue soziale Idee in der Hinterhand und eine damit einhergehende progressive Ausrichtung unserer Partei wird es bei 9 Prozent bleiben oder sogar weniger.

Paul Gruber

ÜBER NACHT ZUM LAND DER FRAUENRECHTLERINNEN

Die Silvesternacht in Köln hat Deutschland verändert. Nach den Straftaten vor dem Dom tauchen auf einmal überall FrauenrechtlerInnen auf, welche sich für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau einsetzen und diese vehement einfordern. Der Aufschrei ist auch, Wochen nach den Ereignissen, in Köln nicht verhallt.

Viele der „Möchtegern-FrauenrechtlerInnen“, welche nun auftauchen, vergessen bei ihren Kommentaren allzu oft, dass es täglich zu Übergriffen auf Frauen kommt. Doch über Vergewaltigungen in der Ehe spricht man ja lieber nicht. Genau so scheint es eine Selbstverständlichkeit zu sein, dass

täglich tausende Frauen ihre Körper aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen verkaufen. Würden diese beiden Themen jeden Tag so einen Aufschrei wie Köln auslösen, wäre in den Medien kein Platz mehr für andere Themen. Bei diesem Gedankenspiel sind die täglichen „kleinen“ psychischen Unterdrückungen von Frauen, nicht bedacht.

Die Silvesternacht in Köln offenbart nicht nur, dass es Idioten in jeder Nationalität gibt, sondern auch, dass den RassistenInnen jedes Mittel recht ist um ihre falsche Ideologie zu etablieren. Gewalt gegen Frauen gehört immer und jeden Tag angeprangert und nicht

VON GRÜNEN FRIEDENSTAUBEN

Die Rüstungsindustrie verdient ihr Geld mit Kriegen, Militäreinsätzen und der Ausrüstung von Soldaten. Nun stehen 7.000 neue Soldaten auf der politischen Agenda. Die Grünen sind aus der Friedensbewegung hervorgegangen, aber auf dem Balkan zur kriegsführenden Partei mutiert. Sie stimmen den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Rüstungsindustrie das wohlwollend honoriert und an die immer dunkler werdenden Grünen spendet. Mit der Spende von 110.000 Euro darf sich die Partei die gleiche Summe nochmals aus der Staatskasse überweisen lassen! Damit nicht genug. Zusätzlich erhält sie nochmals 38 Prozent der Spendensumme! Das sind erneut 41.800 Euro. Damit hat diese Partei also 151.800 Euro von allen ehrlichen Steuerzahlern erhalten. Somit haben auch diejenigen diese Partei finanziert, die mit ihr absolut überhaupt nichts am Hut haben! Das ist rechtens, weil es die Richter des Bundesverfassungsgerichts, die von den Parteien in ihre Ämter gehievt werden, so entschieden haben. Demnächst sollen diese Beträge um 20 Prozent angehoben werden. Das ist die real existierende Demokratie in „diesem unserem Lande!“ Zum Versprechen der Grünen, sich für Abrüstung einzusetzen, kann man getrost wie Konrad Adenauer sagen: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“

Dieter Riedler

nur dann, wenn es ins eigene Bild passt. Besser als Katja Kipping in ihrer Rede vor dem Bundestag am 13. Januar kann man es nicht zusammenfassen: "In der Silvesternacht waren viele Frauen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Sexuelle Belästigung ist keine Lappalie, es gilt sie überall und ausnahmslos zu bekämpfen."

Anmerkung des Autors: Aus Gründen der Verdeutlichung wurde in dem Artikel außer Acht gelassen, dass sexualisierte Gewalt nicht nur gegen Frauen existiert, sondern gegen alle Formen von Geschlechtern.

Lars Legath

ASYL IST EIN GRUNDRECHT!

Beschluss des Landesvorstandes der sächsischen LINKEN

Asyl ist ein Grundrecht, ein Menschenrecht. Es ist kein Gastrecht – was auch immer das sein soll –, keine Barmherzigkeit, keine Gnade, sondern eine Verpflichtung nach der Genfer Flüchtlingskonvention und ein Gebot all dessen, was menschlich ist. Es darf weder durch Obergrenzen noch durch Kontingente eingeschränkt werden. Parolen, die von Rechts gestellt werden und inzwischen von CSU/CDU und leider auch von der SPD übernommen wurden, lehnen wir entschieden ab!

Die Werte des Grundgesetzes, die Regeln des Zusammenlebens in dieser Gesellschaft gelten für alle hier lebenden Menschen universell. Menschen, die in diesem Land straffällig werden, sind unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Religion mit den Mitteln des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Das ist eine Selbstverständlichkeit des Rechtsstaates. Eine weitere Verschärfung des Asylrechts, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines

„Asylstrafrechtes“ lehnen wir daher als eine Form der Sondergesetzgebung ab.

Wir sehen die Notwendigkeit der Aufgabe der Integration von Menschen, die in diese Gesellschaft kommen. Diese kann jedoch nicht einseitig als Bringschuld an Geflüchtete und EinwanderInnen gestellt werden, sondern Politik muss ihren Teil zur Erreichung des Ziels der sprachlichen und sozialen Integration leisten. Dazu gehört die Schaffung entsprechend ausreichender Integrationsangebote wie Sprachkurse, die Bereitstellung ausreichender Stellen für soziale Betreuung, wie auch das Leben einer Willkommenskultur, die eben nicht nur einseitig fordert, sondern Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft aufnimmt und die Werte des achtvollen Zusammenlebens in dieser Gesellschaft vermittelt.

Integration heißt dabei nicht Assimilation. Forderungen wie jene nach einer vermeintlichen Leitkultur lehnen wir ab. Jeder Mensch soll sich in diesem Land nach seinen oder ihren Vorstellungen frei entfalten können, sofern durch diese Entfaltung die Freiheit anderer Menschen nicht beschränkt wird. Zu diesem Anspruch des Artikels 2 des Grundgesetzes bekennen wir uns ausdrücklich.

Beschluss des Landesvorstandes der sächsischen LINKEN vom 15. Januar 2016

INTERESSANT ?!

Öffentliche Telefonsprechzeiten der Parteivorsitzenden

Katja Kipping

15. Februar, 14.00 bis 15.00 Uhr

18. April, 14.00 bis 15.00 Uhr

Bernd Riexinger

7. März, 14.00 bis 15.00 Uhr

9. Mai, 14.00 bis 15.00 Uhr

Bitte vorher unter 030-24009530 anmelden.

BÜRGER*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

23.02.2015 13:00 – 15:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Ute Rudel	Pausa/Vogtl.	17.2.
Gerda Huberty	Neundorf	18.2.
Heinz Luft	Plauen	19.2.
Heinz Schulze	Rodewisch	23.2.
Hella Günzel	Bad Elster	25.2.
Waltraut Scholz	Plauen	27.2.
Helmut Schubert	Lengenfeld	27.2.
Inge Schneider	Rodewisch	29.2.
H. Richter	Reichenbach	02.3.
Jörg Jattke	Treuen	03.3.
Maik Schwarz	Jöbnitz	09.3.
Walter Grieser	Oberlauterb.	12.3.
F. Scheller	Heinsdorferg.	15.3.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.01.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.02.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwahrend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.